



Die Bremer Wohnsiedlung am Warturmer Platz wurde von den Nazis als Familien-KZ für „Asoziale“ geplant Foto: Schmidt/Staatsarchiv Bremen 1965

Die Scham der Opfer

Die KZ-Häftlinge „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ wurden bis heute nicht offiziell als Opfer des Nationalsozialismus anerkannt. Das soll sich ändern

Von **Sophie Lahusen**

Der Saal der historischen Villa Ichon ist an diesem Montagabend voll. Im Nebenzimmer wird mit Stühlen angebaut. Die Aufmerksamkeit gehört jenen, die sie sonst selten bekommen: Zwei lange vergessene Opfergruppen des NS-Regimes sollen ihre Anerkennung bekommen. In den Köpfen der Menschen und ganz offiziell auf Bundesebene: Die als „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ Stigmatisierten sollen in die offizielle Erinnerungskultur aufgenommen werden. Darüber will im Februar der Bundestag entscheiden.

Rund 70.000 Menschen gehörten diesen beiden Opfergruppen an, etwa ein Drittel starb in Konzentrationslagern. Sie wurden „durch Arbeit vernichtet“. Es waren vor allem Mittel- und Obdachlose, Alkoholiker und Kleinkriminelle, die in den Augen der Nazis als „Schmarotzer“ und „Ballastexistenzen“ galten. Ihre Gene sollten aus der arisch-deutschen Gesellschaft gesäubert werden.

In Bremen wurden „Asoziale“ umgesiedelt

Bremen nahm eine bedeutende Rolle in dieser Gesellschaftsäuberung ein. Die Stadt investierte 1936 allein 600.000 Reichsmark in das Familien-KZ Hashude im Stadtteil Woltmershausen. Der Posten im Bremer Haushalt für Wohnungsbau lag

im selben Jahr bei nur 350.000 Mark. Das Geld für den Bau der Siedlung war größtenteils durch den Wegfall von Fürsorge von sozial schwachen Familien eingespart worden, die als „Asoziale“ nach Hashude zwangsumgesiedelt wurden: Rund 500 Menschen, die auf engem Raum lebten, jede Familie hatte rund 40 Quadratmeter zur Verfügung, jeder Winkel des Geländes wurde permanent überwacht, und bei ungünstiger erbologischer Prognose wurden BremerInnen zwangssterilisiert.

Das Stigma blieb

Doch das Leid der Opfer endete nicht mit dem Ende des Kriegs 1945. „Bis heute liegt ein gefährliches Stigma auf diesen Menschen.“ Frank Nonnenmacher ist zu Gast in der Villa Ichon und weiß wovon er spricht. Er ist der Neffe eines Häftlings, der vier Jahre lang im Konzentrationslager war und überlebte. Der Winkel auf der Sträflingskleidung seines Onkels war zuerst schwarz für „Asoziale“, später wurde er „umgewinkelt“ zu einem „Berufsverbrecher“ mit grünem Winkel. Er war zuvor für zweieinhalb Jahre in einer „regulären“ Strafanstalt gewesen, um seine Haftstrafe nach einem versuchten Diebstahl in einer Bäckerei abzusitzen. Nach abgeessener Strafe kam er allerdings nicht frei, sondern wurde von der Gestapo in das KZ Flossenbürg gebracht.

Menschen wie er wurden

aufgrund ihrer Winkelfarbe als „Asoziale“ oder „Berufsverbrecher“ oft von anderen Häftlingen diskriminiert und ausgegrenzt. „Auf ihnen lastete der Vorwurf, dass sie durch ihren kritikwürdigen Lebensstil ‚zu Recht‘ im KZ seien“, erzählt Nonnenmacher. Ein Vorwurf, der auch nach dem Krieg weiterhin in der Luft schwebte. Weder „Asoziale“ noch „Berufsverbrecher“ gründeten Opfergruppen, sie verlangten keine Entschädigungen oder traten öffentlich auf. „Sie hatten die Vorwürfe verinnerlicht und schämten sich als ‚echter Verbrecher‘ im KZ gewesen zu sein“, so Nonnenmacher. Sein Onkel habe erst nach 30 Jahren zum ersten Mal über seine Erfahrungen während des Zweiten Weltkriegs gesprochen.

Anerkennung als Opfer

2016 initiierte Nonnenmacher nach langer Recherche eine Petition in der er den Bundestag dazu aufforderte, „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ als Opfer des Nationalsozialismus anzuerkennen. Bis heute haben den Appell über 22.000 Menschen unterschrieben.

Zu den ErstunterzeichnerInnen gehört auch die Bremer Bundestagsabgeordnete Kirsten Kappert-Gonthier (Grüne). Sie erläuterte am Montag den Antrag der Grünen zu dem Thema – einer von aktuell vier konkurrierenden Parteianträgen, mit denselben Forderungen an den Bundestag: „Die Aufnahme der

sogenannten ‚Asozialen‘ und ‚Berufsverbrecher‘ in die offizielle Erinnerungskultur“. Sie habe mit anderen Parteien einen gemeinsamen Antrag einreichen wollen, so Kappert-Gonthier, doch aus konservativen Gründen hätte es Widerstand gegeben und den Zweifel, ob man damit nicht auch Schwerverbrecher rehabilitieren würde.

Dieser Gedanke spiegelte sich auch in einer anderen Debatte: der Stolperstein-Künstler Gunter Demnig sollte 2016 die ersten Stolpersteine zum Gedenken an „Asoziale“ verlegen. In manchen Fällen benutzte er bei „Asozial“ keine Anführungszeichen. Ein fataler Fehler sei das, merkte eine Angehörige am Montag an. Damit würden die Opfer weiterhin gedemütigt und ihre Deportation gerechtfertigt. „Niemand war zu Recht im Konzentrationslager“ sagt Kappert-Gonthier. „Hinter diesen Satz gehört ein Punkt und kein aber.“

Im Februar soll nun in einer Plenarsitzung über den letzten Antrag von SPD und CDU/CSU entschieden werden, da drin spielen auch Entschädigungen eine Rolle. Doch um Geld geht es nicht. Frank Nonnenbacher betont, dass die viel diskutierte materielle Entschädigung von diesen Opfern des Nationalsozialismus überflüssig sei: Die meisten sind bereits tot und das lebenslange Schamgefühl und der soziale Ausschluss dieser Menschen lasse sich mit nichts „entschädigen“, so Nonnenbacher

das like-ice-in-the-sunshine-wetter

Das Deutsche Milch-Kontor in Bremen plant seine „strategischen Partnerschaften im Eisesgeschäft“. Ob Mövenpick wohl akzeptiert, dass DMK das Portfolio für Milram ausbaut? Wir prognostizieren eine gefährliche Eisschmelze bei 8 Grad und Sonne

nachrichten

Personalie I: Polizei denkt an LSBTIQ*

Die Polizei Bremen hat einen neuen Ansprechpartner für Lesben, Schwule, Trans- und Interpersonen. Daniel Blida übernimmt die Funktion von Vorgänger Sven Rottenberg. Zu Blidas Aufgaben gehört die Unterstützung von Opfern von trans- oder homophoben Straftaten. Zugleich ist er Ansprechpartner für queere Polizeibeamt*innen. Maja Tegeler, queerpolitische Sprecherin der Linksfaktion, begrüßte die Neubesetzung: „Nur durch diese Stelle trauen sich viele Menschen, die Opfer von queerfeindlichen Attacken wurden, überhaupt erst eine Anzeige zu erstatten.“ (taz)

Personalie II: Tiefseeforscherin wird geehrt

Die Bremerhavener Tiefseeforscherin Antje Boetius wird die nächste Mercator-Professorin an der Universität Duisburg-Essen. Die Professorin für Geomikrobiologie leitete zahlreiche Expeditionen in die Arktis und Antarktis. Seit 2017 ist sie Direktorin des Alfred-Wegener-Instituts. International bekannt wurde Boetius im Jahr 2000 durch ihre Entdeckung von Methan freisenden Mikroorganismen am Meeresboden. (epd)

heute in bremen

„An der Spitze landen auch heute Männer“

Interview **Eiken Bruhn**

Neujahrsempfang des Bremer Frauenausschusses, 18 Uhr, Gerhardt-Marcks-Haus, Am Wall 208

taz: Frau Buchelt, was ist der Bremer Frauenausschuss?

Andrea Buchelt: Das ist der Landesfrauenrat, den es in jedem Bundesland gibt – aber nur in Bremen anders heißt. Die Struktur ist sehr unterschiedlich, in manchen Ländern ist er gleichgesetzt mit der Landesfrauenbeauftragten. In Bremen ist er in erster Linie der Dachverband von derzeit 38 Frauenorganisationen. Braucht es das hier überhaupt? Schließlich gibt es in Bremen, bundesweit einmalig, mit der Zentralstelle für die Gleichberechtigung der Frau, eine eigene senatorische Behörde.

Ja, weil wir das Gegenstück dazu sind, die Stimme der weiblichen Zivilgesellschaft. Die ZGF ist eine Behörde und wir sind ganz frei.

„Die Stimme der weiblichen Zivilgesellschaft“ – viele jüngere Menschen können sich damit wahrscheinlich gar nicht identifizieren, weil sie sich gar nicht so sehr als weiblich oder männlich begreifen.

Wir sind tatsächlich nicht für Cis-Männer da, sondern nur für den weiblichen Teil der Bevölkerung, wie auch immer der sich definiert. Und wissen Sie, eine Frau, die aussieht wie eine Frau, wird heute immer noch diskriminiert. Spätestens in dem Moment, in dem einer Frau das klar wird, wird ihr aufgefallen, dass die Zweigeschlechtlichkeit eine größere Rolle spielt, als sie es gerne hätte. Das ist meistens so mit 40, Mitte 40 der Fall.

So spät?!

Die Frauen, die Mütter werden, merken es meistens etwas früher. Bei anderen stehen mit 40 die ersten ernst zu nehmenden Karriereschritte an und dann merken sie, dass aus irgendwelchen Gründen immer andere bevorzugt werden: Weil sie Männer sind.

Ging Ihnen das auch so?

Ich bin mit 36 Mutter geworden. Damals war ich auf dem Sprung ins Topmanagement. Meine Karriere war nach der Geburt meines Sohnes zu Ende. Dabei hätte ich nie gedacht, dass mir das passieren würde, ich war eine Krawallnudel und habe im Konzern immer klare Forderungen gestellt. Trotzdem waren meine Chefs offenkundig der Überzeugung, dass sich das weibliche Gehirn während einer Schwangerschaft auflöst ...

Das ist ein Vierteljahrhundert her – hat sich nichts verbessert?

Gucken Sie doch mal an die Hochschulen, wer die Professuren bekommt und dann fragen Sie bei den Frauen nochmal nach Müttern. Und in den Konzernen ist es nicht besser. Da gibt es aufwendige Diversity-Programme – aber an der Spitze landen auch heute Männer.



Andrea Buchelt, 62, ist Vorsitzende des Bremer Frauenausschusses und freiberufliche Marketing- und Kommunikationsberaterin.

Deutschmacher aus dem Rathaus

Die Werbung für Einbürgerung des Bremer Senats zeigt Erfolge: Die Zahl der Anträge auf einen deutschen Pass ist seit Beginn der Kampagne gestiegen. Nicht alle Antragsteller*innen werden auch eingebürgert

Als Deutsche*r kann man hierzulande wählen, bekommt konsularischen Schutz und muss keine Aufenthaltstitel beantragen – seit der Bremer Senat mit Argumenten wie diesen aktiv für die Einbürgerung wirbt, steigt die Zahl der Bremer*innen, die einen deutschen Pass beantragen. Das teilen Sozial- und Innenbehörde im Rahmen der Einbürgerungsfeier im Bremer Rathaus am Dienstag mit. Demnach haben im ersten Jahr nach Beginn der Einbürgerungskampagne Ende 2018 2.003 Bremerinnen und Bremer den Antrag auf einen deutschen Pass gestellt, 31,3 Prozent mehr als 2018 mit 1.525 Anträgen. „Das zeigt, dass es sich lohnt, die

Menschen direkt anzusprechen. Wir ermuntern sie, sich zu dem Land zu bekennen, in dem sie ihren Lebensmittelpunkt haben“, so Senatorin Anja Stahmann.

Nicht alle freiwillig, die einen Antrag gestellt haben, haben auch einen Pass bekommen: Die Zahl der vollzogenen Einbürgerungen ist 2019 nur leicht angestiegen – um 5,7 Prozent von 1.462 auf 1.545. Stahmann rechnet jedoch mit einem weiteren Anstieg wenn mehr Anträge bearbeitet sind.

In der Einbürgerungskampagne des Senats kooperieren der Senator für Inneres, das Migrationsamt, der Bremer Rat für Integration und das Referat „Integration“ bei

der Senatorin für Soziales. Angeregt hat sie der Bremer Rat für Integration nach Hamburger Vorbild. Seit Ende 2018 versendet das Migrationsamt Anschreiben des Bürgermeisters und der Bürgermeisterin, die auf die Vorteile einer Einbürgerung hinweisen. Jeden Monat erreichen die Briefe rund 1.000 Ausländer*innen in Bremen, insgesamt mehr als 11.000.

Im vergangenen Jahr haben in Bremen Menschen aus 98 Ländern die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen. Die Hauptherkunftsländer waren dabei die Türkei (248), Großbritannien (185), Iran (93), Polen (80) und Syrien (75). (taz)